

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 16. Oktober 2018

### Energie und Klima

Die Landesregierung hat den Landtag über ihre Planungen in der Energie- und Klimapolitik unterrichtet. In Verbindung damit diskutierten die Abgeordneten über den Hambacher Forst. S. 3

### Tod in der JVA

Der Tod eines Häftlings im Klever Gefängnis hat den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Der junge Syrer war aufgrund einer Verwechslung zu Unrecht inhaftiert worden. S. 5

### Etat 2019

Im Haushalts- und Finanzausschuss haben sich Sachverständige zum Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2019 geäußert. Dieser hat ein Gesamtvolumen von rund 77,1 Milliarden Euro. S. 7-9

### Parlamentsnächte

Rund 5.000 Besucherinnen und Besucher kamen Ende September zu den beiden „Parlamentsnächten“ in den Landtag. Sie feierten den 30. Geburtstag des Parlamentsgebäudes am Rhein. S. 10-11

## Geschichte und Geschichten

### NRW plant Landesmuseum

30 Jahre Landtag  
am Rhein 



# INHALT



## 30 Jahre Landtag am Rhein



Foto: Zanim

## Parlamentsnächte locken Tausende an Ein Rückblick ..... S. 10

### Aus dem Plenum

#### Klima, Kohle und ein

Rodungsstopp ..... S. 3

Meldungen ..... S. 4

Verwechselt und verhaftet ..... S. 5

Gesetzgebung ..... S. 6

### Schwerpunkt

Haushalt 2019 im Blickpunkt ... S. 7

Standpunkte ..... S. 8

### Aus den Fraktionen ..... S. 12

#### Titelthema

#### Ideen und Impulse zum

Landesmuseum ..... S. 14

#### Im Porträt

Sarah Philipp (SPD) ..... S. 15

Kurz notiert ..... S. 16

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 12. Oktober 2018, 13.30 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Klima, Kohle und ein Rodungsstopp

## Landtag debattiert kontrovers nach OVG-Urteil zum Hambacher Forst

10. Oktober 2018 – Das Rheinische Braunkohlerevier stand erneut im Mittelpunkt einer kontroversen Plenardebatte. Hintergrund war der vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster in einem Eilverfahren verfügte vorläufige Rodungsstopp im Hambacher Forst. Der Energieversorger RWE darf den Wald nicht roden, bis über die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen den Hauptbetriebsplan 2018-2020 für den Braunkohletagebau Hambach entschieden ist.

Grundlage der Debatte war eine Unterrichtung der Landesregierung über ihre Planungen zu aktuellen energie- und klimapolitischen Herausforderungen. Verbunden war sie mit einer von der Grünen-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde („Gericht verhängt Rodungsstopp im Hambacher Wald – Landesregierung muss sich jetzt der politischen Verantwortung für das Rheinische Revier stellen“, 17/3849) sowie dem ebenfalls von den Grünen eingebrachten Antrag „Gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg ernst nehmen: Rodungsmoratorium und neue Leitentscheidung jetzt!“ (17/3791).

Der Ausstieg aus der konventionellen Energie sei aus Klimaschutzgründen und wegen der Endlichkeit der Ressourcen notwendig, sagte **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP), Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Der Ausstieg müsse jedoch bezahlbar sein und dürfe die Versorgungssicherheit nicht infrage stellen. Die Landesregierung erarbeite mit Industrie, Energiewirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden eine Energieversorgungsstrategie, die die „losen Enden der Energiewende“ zusammenführe. Dazu gehöre u. a. der schnellere Ausbau der Netze für den Transport des Ökostroms zum Verbraucher.

**Marc Herter** (SPD) nannte den Vortrag des Ministers „auf ganzer Linie enttäuschend“. Er sprach von einer „Irrfahrt in der Energiepolitik“, der Landesregierung fehle der „energiepolitische Kompass“. Zum Hambacher Forst sagte Herter: „Sie haben die Angelegenheit ordentlich vor die Wand gefahren.“ Erforderlich sei ein neuer politischer Konsens. Es gehe nicht darum, „ob wir aus der Kohle aussteigen, sondern wie und wann“. Dies werde über Erfolg

und Misserfolg der Energiewende sowie über Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz entscheiden. Die Energiewende müsse als „ökonomisches und soziales Projekt“ verstanden werden.

### „Gleichgewicht halten“

Der Hambacher Forst sei für viele zum Symbol geworden, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Bodo Löttgen**. Symbolpolitik dürfe aber nicht „zum Scheinersatz praktischer Politik“ werden. Politik und Stromversorger stünden vor der Aufgabe, das hochkomplexe System der Stromversorgung neu zu sortieren. Dabei gelte es, das Gleichgewicht von vier Faktoren zu erhalten: bezahlbare Energiekosten, vorausschauende Strukturwandel-Politik, Versorgungssicherheit und die zeitliche Einordnung von Maßnahmen. Dieses Gleichgewicht sei für die CDU-Fraktion der Handlungsmaßstab.

**Monika Düker**, Vorsitzende der Grünen-Fraktion, wandte sich an Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Seine „Politik der Verweigerung der Übernahme von Verantwortung“ sei am Oberverwaltungsgericht wie auch an der Zivilgesellschaft „krachend gescheitert“. Düker kritisierte zudem den Polizeieinsatz im Hambacher Forst als unnötig. Dieser habe zu Sicherheitslücken an anderen Stellen im Land geführt. In den Ausführungen des Energieministers erkenne sie keine Strategie, sondern nur Ankün-

digungen ohne konkrete Pläne. Eine Energieversorgungsstrategie könne nicht ohne erneuerbare Energien auskommen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sagte, „Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz“ seien die „Grundpfeiler einer klugen Energiepolitik“. Dies habe sieben Jahre lang unter Rot-Grün nicht funktioniert in Nordrhein-Westfalen. Die Koalition von CDU und FDP sei dagegen nun auf einem guten Weg. Rasche verwies darauf, dass in Nordrhein-Westfalen „das Herz der deutschen Industrie“ schlage. Eine verlässliche Energiepolitik sei daher „überlebenswichtig“ für das Land. „Wir können uns keinen Blackout leisten.“ Die Energiepolitik der Grünen kritisierte der FDP-Politiker als „unverlässlich“.

Für die AfD-Fraktion betonte **Christian Loose**, die Entscheidung für die Rodung des Hambacher Forstes sei 40 Jahre alt und von der früheren rot-grünen Landesregierung bestätigt worden. Diesen Kompromiss wollten die Grünen nun einseitig aufkündigen. Die Industrie in Nordrhein-Westfalen brauche aber Rechtssicherheit, wenn sie investieren und Arbeitsplätze schaffen wolle. Mit ihrem Kurs gefährdeten die Grünen Arbeitsplätze beim Energieunternehmen RWE. Im Hambacher Forst gehe es darum, 200 Hektar Wald zu roden. RWE habe 1.300 Hektar aufgeforstet.

Der Antrag der Fraktion der Grünen (17/3791) wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD abgelehnt. *zab, sow, wib*

Der Braunkohleabbau in NRW ist umstritten.



Foto: RWE



## Geld für Kitas

10.10.2018 – 2019 und 2020 sollen insgesamt 390,7 Millionen Euro in die Kindertagesbetreuung fließen. Dies sieht das „Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz“ (17/3773) der Landesregierung vor. Der Landtag hat den Entwurf nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen. Mit dem Kita-Träger-Rettungsprogramm habe man einen „deutlichen ersten Schritt zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt“, heißt es im Gesetzentwurf. Allerdings ende die darin vereinbarte finanzielle Unterstützung durch das Land mit Ablauf des Kindergartenjahres 2018/2019. Der Prozess, um eine „verlässliche, dauerhaft auskömmliche und zukunftsfähige Ausgestaltung der Finanzierung der gesamten Kindertagesbetreuung“ zu erreichen, werde dann aber noch nicht abgeschlossen sein. Die finanzielle Neustrukturierung solle vom Kindergartenjahr 2020/2021 an erfolgen. Deshalb sei eine Übergangsfiananzierung erforderlich. Die Kommunen sollen sich mit rund 40 Millionen Euro beteiligen.

## Lehrerbesoldung

10.10.2018 – Die SPD-Fraktion fordert Änderungen bei den Gehältern von Lehrerinnen und Lehrern. Den entsprechenden Gesetzentwurf („Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung“, 17/3812) hat das Plenum zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. „Mit dem 2009 in Kraft getretenen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen nun alle Lehramtsanwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Dies sei Ausgangspunkt

„für die berechnete Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform“.

## Schlachtrinder

10.10.2018 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag der AfD-Fraktion „Export von Schlachtrindern einschränken – mehr Tierschutz bei Tiertransporten durchsetzen!“ (17/3800) befasst. Tierschutz gelte auch für den Transport, so die Fraktion in ihrem Antrag. Der Export in Länder außerhalb der Europäischen Union über lange Strecken führe „zu schweren Belastungen für die Tiere“. Zudem würden die Tiere in der Türkei, dem laut AfD-Fraktion größten Importland für EU-Schlachtrinder, nach islamischem Ritus geschächtet. Es sei besser, gefrorenes Fleisch aus heimischer Schlachtung zu exportieren. Die Landesregierung solle sich u. a. dafür einsetzen, dass „die Lebendtransporte von Schlachttieren in Drittländer durch geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen ausgesetzt werden, bis die Einhaltung des EU-Tierschutzrechtes in den Drittländern gewährleistet ist“. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

## Illegale Gülleimporte

11.10.2018 – Zuviel Dünger belastet das Grundwasser, deshalb schreibt die Düngeverordnung bestimmte Grenzen fest. Wer Gülle auf die Felder bringt, muss dies dokumentieren. Auch Gülleimporte werden dokumentiert – es sei denn, sie erfolgen illegal. „Unerlaubte Gülleimporte nach Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich stoppen!“, fordert daher die CDU-Fraktion in einem Antrag (17/3688), den der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen hat. Die Landesregierung soll nun u. a. ein „Wirtschaftsdüngermanagementsystem“ aufbauen, das die importierten Güllelieferungen bis zum Endabnehmer überprüfbar macht. Weiterhin soll sie mit Nach-

barländern die Nachvollziehbarkeit grenzüberschreitender Wirtschaftsdüngerlieferungen sicherstellen.

## Folgen des „Brexit“

11.10.2018 – Auf Antrag der Grünen-Fraktion (17/3792) hat der Landtag die Einrichtung einer Enquetekommission „zum bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Die Kommission soll sich mit den Konsequenzen für Kommunen, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Aufenthalt, Verbraucherschutz, Wirtschaft sowie Umwelt, Klima und Energie befassen und Handlungsempfehlungen geben. Enquetekommissionen dienen zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe.

## Subsidiarität und Partizipation

12.10.2018 – Der Landtag hat auf Antrag der CDU-Fraktion (17/3754) die Einsetzung einer Enquetekommission zum Thema „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ beschlossen. Themen sind u. a. die Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts und der politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, die Förderung eines Bewusstseins für demokratische Tugenden, die Etablierung einer landespolitischen Debattenkultur und die Steigerung der politischen Relevanz der Landesparlamente. Außerdem geht es um die Frage, wie das „Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsstruktur der politischen Ebenen von Europäischer Union, Bund, Ländern und Kommunen“ besser zur Geltung gebracht werden kann.

# Verwechselt und verhaftet

## Aktuelle Stunde zum Tod eines Syrers in der JVA Kleve

11. Oktober 2018 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit der unrechtmäßigen Verhaftung und dem Tod eines Syrers befasst. Der 26-jährige Amed A. hatte mehr als zwei Monate lang aufgrund einer Verwechslung in der Justizvollzugsanstalt Kleve eingesperrt, bevor er am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in seiner Zelle starb. Ein per Haftbefehl gesuchter Mann aus Mali hatte sich unter einem ähnlichen Namen in Deutschland bewegt.

Mit dem Vorfall hätten sich bereits mehrfach Ausschüsse und Gremien des Landtags befasst, jedoch seien dabei viele Fragen offen geblieben, begründete die SPD-Fraktion ihren Antrag auf eine Aktuelle Stunde: „Tod durch Brand in der JVA Kleve – unrechtmäßige Verhaftung, Warnungen und Hinweise des Gefangenen ignoriert, schleppende Aufklärung des Brandes? Landesregierung muss rückhaltlos alles aufklären!“ (17/3850).

Weder Geburtsort und -datum des Syrers noch das Foto hätten mit dem Gesuchten übereingestimmt, zählte **Sven Wolf** (SPD) auf. Bereits am 9. Juli 2018 habe der Gefangene dem Anstalts-

leiter, dem Gefängnisarzt und der dortigen Psychologin mitgeteilt, dass er der Falsche sei. „An wen hätte sich Amed A. noch wenden sollen?“, fragte Wolf. Auch sei ein Brandsachverständiger erst nach eineinhalb Wochen beauftragt, die Zelle in der Zwischenzeit aber viermal geöffnet worden. „Sorgen Sie für Transparenz“, forderte Wolf den Justizminister auf. Ansonsten müsse ein Untersuchungsausschuss den Vorfall aufklären.

**Angela Erwin** (CDU) rief dazu auf, die Debatte sachlich zu führen. Ihr Vorredner habe versucht, den Tod von Amed A. zu instrumentalisieren, kritisierte sie. Innen- und Justizminister arbeiteten „umfassend, zügig und proaktiv“ an der Aufklärung. Staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen Polizisten, die nicht ausreichend die Identität überprüft hätten, seien umgehend eingeleitet worden. Der Justizminister plane eine zusätzliche Sicherheitsstufe zur Identitätsprüfung in den Gefängnissen. Den Beschäftigten der JVA Kleve dankte Erwin für „geistesgegenwärtiges und schnelles Reagieren“ beim Brand.

**Stefan Engstfeld** (Grüne) sagte, das Geschehene könne nicht ungeschehen gemacht werden. Aber die Landespolitik könne aufklären und darlegen, wer die Verantwortung für den Vorfall trage. Das Agieren der Landesregierung habe aber nichts mit Transparenz zu tun. Es gebe immer noch offene Fragen und Widersprüche. So sei es „lebensfremd“ anzunehmen, dass der Syrer vermeintlich nur einmal auf die Verwechslung hingewiesen haben solle. Engstfeld kritisierte insbesondere Justizminister Peter Biesenbach (CDU). Anders als der Innenminister habe er keine politische Verantwortung für den Vorfall übernommen.

### „Größtmögliche Transparenz“

**Marc Lürbke** (FDP) wies die Kritik der Opposition zurück. Die Landesregierung von CDU und FDP habe „größtmögliche Transparenz“ geschaffen und schnell Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen. Alle Fragen des Parlaments seien vom Innen- und vom Justizminister „in bemerkenswertem Tempo und vollumfänglich“ beantwortet worden. Er könne sich nicht daran erinnern, dass die rot-grüne Vorgängerregierung so klar Fehler benannt habe. Der Opposi-



Marc Lürbke  
(FDP)



Thomas Röckemann  
(AfD)



Justizminister  
Peter Biesenbach  
(CDU)

tion gehe es nicht um Aufklärung des Vorfalls, sondern um vorschnelle Beschuldigungen und eine Skandalisierung.

**Thomas Röckemann** (AfD) kritisierte die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und sah darin auch einen Ausgangspunkt des tragischen Vorfalls. Bereits bei der Erstregistrierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe festgestanden, dass die Identität des Mannes gefälscht sei. Sein „Pech“ sei gewesen, dass „jemand mit genauso falschem Namen in Hamburg mittels zweier Haftbefehle gesucht wurde“. Die AfD-Fraktion behalte sich vor, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen – im Hinblick auf Deutsche in NRW, „die der Einwanderung seit 2015 zum Opfer fielen“.

Justizminister **Peter Biesenbach** (CDU) wies die Vorwürfe der Opposition zurück. Eine „schleppende Aufklärung“ lasse er seinen Geschäftsbereichen nicht vorhalten. „Alles, was wir wissen, können Sie bei uns erfahren“, sagte der Minister. Dies habe sich die Landesregierung vorgenommen, und das halte sie auch „eisern“ durch. „Wir haben nichts zu verbergen, wir legen alles offen“, sagte Biesenbach. Dass er Innen- und Rechtsausschuss in einer Sondersitzung nicht vollständig informiert habe, sei falsch. Die betreffenden Informationen habe er erst zweieinhalb Stunden nach der Sitzung erhalten. *sow, wib, zab*

Fotos: Schälte



Sven Wolf  
(SPD)



Angela Erwin  
(CDU)



Stefan Engstfeld  
(Grüne)

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesehung an ihre Ausbildung (Lehrerbesehungsgleichstellungsgesetz)** | 17/3812 | SPD | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes** | 17/2659 | Landesregierung | 2. Lesung am 10. Oktober 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen** | 17/3587 | AfD | 2. Lesung am 10. Oktober 2018 | abgelehnt

**Elftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern** | 17/3699 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz** | 17/3773 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | 17/3774 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Rechtsausschuss

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften** | 17/3776 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes** | 17/3778 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

**Gesetz zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Nordrhein-Westfalen** | 17/3775 | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Oktober 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/2992 | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Oktober 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | 17/3801 | AfD | 1. Lesung am 11. Oktober 2018 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Umsetzung des bereichsspezifischen Datenschutzes im Bereich der Justiz (Justizdatenschutz-Anpassungsgesetz)** | 17/2350 und 17/3756 | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Oktober 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | 17/3777 | Landesregierung | 1. Lesung am 12. Oktober 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)** | 17/3300 | Landesregierung sowie Finanzplanung 2018 bis 2022 | 17/3301 | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2019)** | 17/3303 | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2019)** | 17/3302 | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)** | 17/3400 | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Ergänzung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen** | 17/3587 | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes** | 17/3557 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften** | 17/3569 | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW)** | 17/3570 | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung** | 17/3580 | CDU und FDP | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | 17/3558 | Landesregierung | Überweisung an den Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften** | 17/2994 | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/3005 | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG** | 17/2993 | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs des Landes Nordrhein-Westfalen (Landarztgesetz Nordrhein-Westfalen – LAG NRW)** | 17/3037 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR)** | 17/2759 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden** | 17/2576 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit** | 17/2394 | AfD | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | 17/2351 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | 17/2121 | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz)** | 17/1447 | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

# Haushalt 2019 im Blickpunkt

## Sachverständige äußern sich zum Etatentwurf der Landesregierung

4. Oktober 2018 – Im September-Plenum hatte die Landesregierung den Haushaltswurf 2019 eingebracht. Er hat ein Gesamtvolumen von rund 77,1 Milliarden Euro und sieht nach Angaben der Landesregierung erstmals seit 1973 einen Überschuss in Höhe von rund 30 Millionen Euro vor. In einer Sachverständigenanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses äußerten sich Expertinnen und Experten zum Entwurf.

Im Mittelpunkt der Anhörung standen das Haushaltsgesetz 2019 (17/3300), das Haushaltsbegleitgesetz 2019 (17/3303) und das Nachtragshaushaltsgesetz 2018 (17/3400).

Die Haushaltsentwicklung des Landes NRW könne „aktuell durchaus positiv beschrieben werden“, befand die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund) in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss. Der Abbau der „beträchtlichen Landesverschuldung“ sei grundsätzlich richtig: „Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Kommunen in NRW eine Schuldenlast von 82 Milliarden zu tragen haben.“

Dies sei vor

allem auf bundesrechtlich veranlasste Sozialleistungen zurückzuführen. Das Land solle die sich „nun ergebenden finanziellen Spielräume“ nutzen, „um auch den Kommunen einen Abbau ihrer erdrückenden Altschuldenlast zu ermöglichen“. Positiv hoben die kommunalen Spitzenverbände u. a. die geplante Erhöhung der Kulturförderung hervor.

### „Unterstützung des Bundes“

Die Politik der Landesregierung sei „sehr kurzfristig auf das Ziel der schwarzen Null ausgerichtet, ohne die Rolle der Konjunktur für den Landeshaushalt in den Blick zu nehmen“, kritisierte das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Sie habe „noch keine Strategie für den Fall eines Abschwungs“ und setze sich „nicht ausreichend mit der Problematik einer nach wie vor deutlichen Unterfinanzierung des Landes NRW – auf der Landes- wie auf der Gemeindeebene – auseinander“. Das Land müsse nachdrücklich weitere Unterstützung des Bundes einfordern.

Die Haushaltsführung im Land gehe „zumindest in kleinen Schritten in die richtige Richtung“, so der Bund der Steuerzahler (BdSt) in seiner Stellungnahme. Es fehlten aber u. a. „strukturell wirkende Einsparungen bei Personal- und Sachausgaben“, eine „kapitalgedeckte Vorsorge zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen“ sowie „der verbindliche Schuldenabbaupfad für das Land und Ansätze zur Entschuldung der Kommunen“. Zudem forderte der BdSt Entlastungen der Steuerzahler, etwa bei der Grunderwerbsteuer und den Straßenbaubeiträgen.

„Der Rückgang der Netto-

neuerschuldung seit 2009 und die Ausweisung des Überschusses für das Haushaltsjahr 2019 sind insbesondere auf die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen und Zinsausgaben zurückzuführen“, hieß es in der Stellungnahme des Landesrechnungshofs NRW. Der hohe Schuldenstand berge „das Risiko zunehmender Zinsausgaben bei einer Erhöhung des Zinsniveaus“. Zur Schuldentilgung müssten deshalb „größere Anstrengungen unternommen werden“. Die in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Überschüsse sollten, so der Landesrechnungshof, „konsequent zum Schuldenabbau verwendet werden“. Verfassungsrechtliche Bedenken äußerte er zur geplanten Bildung einer allgemeinen Rücklage mit Einnahmeüberschüssen aus 2018, um sie im Haushaltsjahr 2019 zu verwenden.

### „Investitionslücke“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wies auf eine „in NRW vorhandene riesige Investitionslücke bei der öffentlichen Infrastruktur“ und eine „Finanzierungslücke beim Personal“ hin. Um sie zu stopfen, bedürfe es „größerer Anstrengungen“, als von der Landesregierung vorgesehen. Auch der DGB wies auf die Situation der Kommunen hin. Sie bräuchten „dringend Unterstützung, um wieder finanziell handlungsfähig zu werden“. Beim Personal bestehe ebenfalls „erheblicher Aufholbedarf“, die Sparpotenziale seien „ausgereizt“.

Von einem „guten Haushaltsentwurf, der in Details nachbesserungsbedürftig“ sei, sprach die Deutsche Steuer-Gewerkschaft. Bei der Investitionsquote müsse nachgesteuert werden. Wichtig sei zudem, den Öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Die 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte sei in diesem Zusammenhang ein „Anachronismus“. Die Gewerkschaft fordert eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. zab

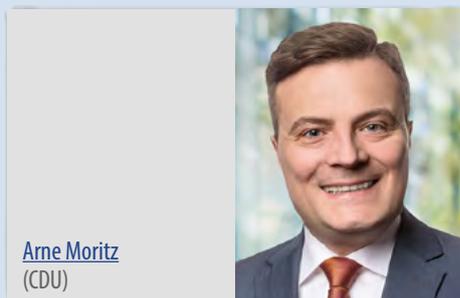
Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Eine Übersicht über die Stellungnahmen finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) (Parlament & Fraktionen → Ausschüsse und Gremien → Ausschussübersicht der 17. Wahlperiode → A07 Haushalts- und Finanzausschuss → Anhörungen).

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Haushaltsentwurf 2019“



Arne Moritz  
(CDU)



Stefan Zimkeit  
(SPD)

### **Der Haushaltsentwurf 2019 ...**

... ist ein historischer Haushaltsentwurf. Er weist erstmals seit 1973 einen Haushaltsüberschuss aus. Wir setzen unseren haushaltspolitischen Dreiklang fort: konsolidieren, modernisieren und investieren.

... ist unsozial und unsolide. Die Landesregierung scheidet damit an ihren eigenen Ansprüchen. Stattdessen: viel Geld – wenig Ideen. Trotz Rekordüberschüssen wird ausgerechnet im Sozialen gekürzt, z. B. bei den Wohlfahrtsverbänden. Das zeigt die soziale Kälte dieser Regierung. Es fehlen klare Impulse für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, gebührenfreie Kitas und die Stärkung des Strukturwandels in NRW.

### **Investitionen ...**

... sind ein wichtiger Bestandteil unseres haushaltspolitischen Dreiklangs. Daher steigern wir die Investitionsausgaben im Haushaltsentwurf 2019 um mehr als 800 Mio. Euro im Vergleich zum Haushalt 2018. Durch Steigerung der Investitionsquote sind noch mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes möglich.

... in die Zukunft werden versäumt. Angesichts des Investitionsstaus bei Schulen, Straßen und Sportanlagen in NRW ist es unverantwortlich, dass mittelfristig die Investitionsquote des Landes sinken soll. Das ist kurzfristig und gefährdet die Entwicklung von NRW. Versprochen hatte Schwarz-Gelb aber etwas ganz Anderes.

### **Schuldenabbau ...**

... ist erst möglich, wenn man sich einen Haushaltsentwurf nicht nur ohne Nettoneuverschuldung wie im Jahr 2018, sondern auch mit einem Haushaltsüberschuss erarbeitet. Das haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2019 erstmals seit 1973 geschafft!

... erreicht die Landesregierung nur durch Täuschenspielertricks, die nach Ansicht des Landesrechnungshofes sogar verfassungswidrig sind. Ohne Bilanztricks beim BLB und Rückstellungen im Nachtrag 2018 müsste die Landesregierung fast eine Milliarde neue Schulden machen. Und selbst der schön gerechnete Schuldenabbau liegt weit hinter dem Saarland.

### **Die Kommunen ...**

... erhalten nach dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 eine verteilbare Finanzausgleichsmasse von insgesamt 12.067,4 Mio. Euro. Das sind rund 364,6 Mio. Euro mehr als 2018 und damit so viel wie nie zuvor! Zusammen mit dem Wegfall der Solidaritätsumlage und der Abschmelzung des Vorwegabzugs stärken wir damit die kommunalen Haushalte in noch nie da gewesener Weise.

... sind für die Landesregierung keine gleichberechtigten Partner. Bei Fragen wie der Krankenhausfinanzierung werden sie übergangen. Mit dem GFG werden v. a. Städte mit hohen Sozialkosten benachteiligt und so die Erfolge des Stärkungspaktes gefährdet. Die versprochene Durchleitung der Integrationspauschale ist im Haushalt nicht enthalten. Stattdessen werden die Bundesmittel aus 2018 sogar für 2019 eingekassiert.



... tilgt Schulden des Landes – erstmals seit über vier Jahrzehnten. Die Trendwende hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik ist also geschafft. Im Finanzplanungszeitraum bis 2021 sind Tilgungsleistungen in Milliardenhöhe vorgesehen. Dabei stärken wir gleichzeitig vermehrt wichtige Zukunftsbereiche wie Schule und Bildung, Polizei und Justiz sowie Kultur und Sport.

... hat die rot-grüne Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt. Deshalb gibt es auch nach Feststellungen des Landesrechnungshofes einen großen Nachholungsbedarf. Wir haben nach dem Politikwechsel bereits ein Krankenhaus-Investitionsprogramm aufgelegt und die Verkehrsinfrastruktur mit zusätzlichen Mitteln für Erhalt, Umbau und Ausbau von Straßen verbessert.

... ist ein zentrales Thema für die FDP-Fraktion. Nachdem in den letzten beiden Haushalten viele Reparaturmaßnahmen stattfinden mussten, um Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen, ist nun in den Jahren einer guten Einnahmesituation die Wende gelungen. Die Erfahrung zeigt: Ein sparsamer Haushaltsvollzug kann zu weiteren Überschüssen führen, die zusätzlich für Schuldenabbau genutzt werden können.

... haben von der schwarz-gelben Landtagsmehrheit profitiert. Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen steigen im kommenden Jahr um rund eine halbe Milliarde Euro. Im laufenden Jahr sind die Zuweisungen bereits um eine Milliarde Euro gestiegen. Mehr als jeder dritte Euro der bereinigten Landesausgaben kommt mittlerweile direkt den Kommunen zugute.

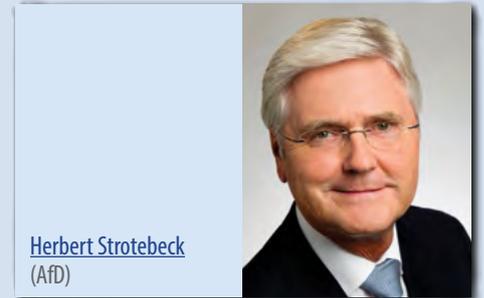


... lässt kein nachhaltiges Zukunftsprogramm für NRW erkennen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen gibt es zu wenige Investitionen und der Schuldenabbau erfolgt nur in homöopathischen Dosen. Dafür gibt es weitere Millionen für überflüssige Heimatprojekte und die Ministerialbürokratie wird weiter aufgebläht. Dafür attestierte der Landesrechnungshof zurecht ein Mangelhaft.

... vernachlässigt die Landesregierung sträflichst. Dass Schwarz-Gelb mittelfristig sogar mit einer sinkenden Investitionsquote plant, schadet der Entwicklung unseres Landes. Wann, wenn nicht jetzt, will die Landesregierung den Investitionsstau in NRW angehen? Nachhaltige Investitionen etwa in Schulen und Hochschulen und in den ÖPNV sind dringend geboten.

... ist ein Schlagwort, mit dem die Regierung gerne wirbt – allerdings ohne es in reale Politik umzusetzen. Trotz zusätzlicher Steuereinnahmen in Höhe von fünf Milliarden Euro seit Regierungsübernahme schafft die Landesregierung keinen echten Schuldenabbau. Selbst die winzigen 0,04 Prozent des Haushaltsvolumens, die die Regierung zur Schuldentilgung einplant, schafft sie nur durch Haushaltstricks.

... bleiben auf ihren teils immensen Altschulden sitzen und warten nach großspurigen Ankündigungen der Regierungsfaktionen im Wahlkampf auf ernsthafte Taten der Landesregierung. Diese entlastet Monheim mit 35 Millionen und lässt die anderen mit einer Milliarde Euro zusätzlichen Kosten bei den Geduldeten trotz rückläufiger Zahlen alleine.



... sollte ein finanzpolitischer Dreiklang sein: Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Der hier vorliegende jedoch ist (mit Ausnahme der geplanten Schaffung zusätzlicher Stellen bei Polizei und Gerichten) nicht nur völlig ambitionslos, sondern kann erst durch einen Rückgriff auf Einnahmen des Jahres 2018 ausgeglichen werden – eine verfassungsrechtlich höchst zweifelhafte Maßnahme.

... sind erwartungsgemäß bei weitem zu niedrig. Das ist exemplarisch zu beobachten im Bereich der Krankenhäuser, wo sich über mehrere Jahrzehnte ein Investitionsstau von bis zu 12,5 Milliarden Euro aufgebaut hat. Und nicht weniger dramatisch wird sich das Fehlen der versprochenen Investitionen in die Infrastruktur auswirken, mit Folgen für Wirtschaft, Verkehr und Digitalisierung.

... wäre angesichts historisch niedriger Zinsen das Gebot der Stunde. Während der Bürger die Nullzins-Politik mit dem allmählichen Schwinden von Sparguthaben und seiner Altersversorgung bezahlen muss, wäre es mindeste Pflicht der Landesregierung, diese Phase zumindest für einen zügigen Schuldenabbau zu nutzen. In erschreckender Verantwortungslosigkeit wird diese Chance jedoch wieder einmal vertan.

... leiden immer noch unter der Herabsetzung des Verbundsatzes in den 80er-Jahren – Beleg dafür, wie langfristig politische Fehlentscheidungen wirken können. Doch statt aus Fehlern zu lernen, werden sehenden Auges neue, noch folgenschwerere gemacht. Als Beispiel seien die weiter stetig steigenden Belastungen für die sog. Flüchtlinge genannt, nicht zuletzt für die ausreisepflichtigen, aber nicht ausgewiesenen.

# Parlamentsnächte locken rund

28./29. September 2018 – Erstmals hatte der Landtag Nordrhein-Westfalen zu zwei „Parlamentsnächten“ eingeladen – und die Premiere war ein voller Erfolg. Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, das 30-jährige Bestehen des Parlamentsgebäudes am Rhein bei einem bunten und informativen Programm zu feiern. Geöffnet waren die Türen jeweils von 17 bis 23 Uhr.



Landtagspräsident André Kuper (vorn, 2.v.l.) schnitt mit Bürgermeister Wolfgang Scheffler die Torte an.



Viel Interessantes erfuhren die Besucherinnen und Besucher bei Führungen durch die Artothek.



Das Tango-Ensemble des WDR-Funkhausorchesters unterhielt die Gäste im Plenarsaal.

„Seit 30 Jahren schlägt das politische und demokratische Herz Nordrhein-Westfalens in diesem Parlament am Rhein. Das ist Anlass genug, heute und morgen die Türen des Hauses der Bürgerinnen und Bürger weit zu öffnen. Neben Unterhaltung geht es auch darum, Demokratie zur Leidenschaft zu machen und in den Alltag mitzunehmen“, sagte der Präsident des Landtags, André Kuper. Er eröffnete die Parlamentsnächte gemeinsam mit Wolfgang Scheffler, Bürgermeister der Stadt Düsseldorf. Dass es zwei ganz besondere Abende werden sollten, wurde bereits vor dem Landtag deutlich. Pünktlich mit dem Einbruch der Dunkelheit wurde das Parlamentsgebäude hell erleuchtet.

Auf die zahlreichen Gäste wartete ein abwechslungsreiches Programm mit viel Kultur, Information und Unterhaltung. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD luden die Gäste u. a. zu Lesungen, Illuminationen, Filmen und einem „Science Slam“ ein, bei dem Wissenschaft einmal anders präsentiert wurde. Viele Abgeordnete des Landtags nutzten die Gelegenheit, um mit den Bürgerinnen und Bür-

gern ins Gespräch zu kommen. Auch bei Talkrunden gab es die Möglichkeit, Mitglieder des Landtags kennenzulernen.

Der Petitionsausschuss, der „Kummerkasten“ des Parlaments für alle, die Ärger mit einer Behörde haben, war mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung führten durch die Kunstsammlung des Parlaments. Im Empfangsraum waren das Gästebuch des Landtags und Geschenke internationaler Staatsgäste ausgestellt. Ebenso öffnete das Besucherzentrum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand seine Pforten. Bei einer Landtagsralley konnten die Gäste das Gebäude am Rhein einmal neu und anders kennenlernen und im Plenarsaal erfuhren sie bei einem „Historischen Rückblick auf 30 Jahre Plenardebatte“ allerhand Wissenswertes rund um die politische Auseinandersetzung.

Die Kultur kam nicht zu kurz: Die Big Band des WDR sowie das Tango-Ensemble und das Blechbläser-Ensemble des WDR-Funkhausorchesters unterhielten die Besucherinnen und Besucher. Auf großes Interesse stießen auch das

Kunstgespräch mit dem bekannten Maler Leon Löwentraut und der Poetry Slam in Kooperation mit dem Literaturbüro NRW in der Bibliothek des Landtags.

Landtagspräsident André Kuper zog ein positives Fazit: „Das Konzept der Parlamentsnächte hat funktioniert. Es gab viele interessante Begegnungen und das Interesse der Besucherinnen und Besucher am Landtagsgebäude, an politischen Gesprächen und an der parlamentarischen Demokratie war hoch. Viele Gäste nehmen ein positives Erlebnis aus dem Landtag mit nach Hause und ein Stück Demokratie-Bewusstsein mit in den Alltag.“

Ein Video zu den Parlamentsnächten finden Sie im Internet unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



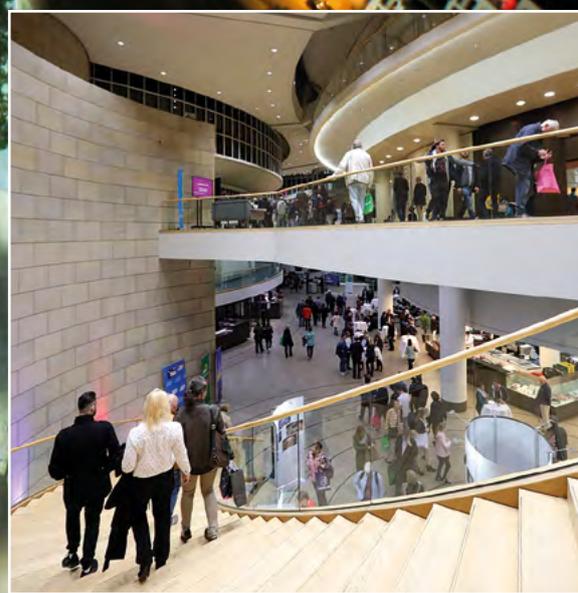
30 Jahre Landtag  
am Rhein

# 5.000 Gäste an



Fotos: Schälte/Zanin

Pünktlich zum Einbruch der Dunkelheit wurde der Landtag stimmungsvoll illuminiert.



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Demokratie schützen und stärken – Enquetekommission beschlossen

Die parlamentarische Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Sie hat sieben Jahrzehnte Frieden und Wohlstand nach Deutschland gebracht und gesichert. Seit einiger Zeit gerät dieses System jedoch zunehmend unter Beschuss. Dramatischer Mitgliederverlust der Parteien, Rückgang der Wahlbeteiligung, Mangel an Glaubwürdigkeit und Integrität von Politik und Institutionen, die sinkende Zustimmung zur Demokratie, das Erstarken populistischer Strömungen und in deren Schatten das Erscheinungsbild des Wut- oder Frustbürgers und des Demokratieverächters.

Filterblasen in sozialen Netzwerken erzeugen und verfestigen den Eindruck, dass demokratische Strukturen in der Politik keine Lösungen für Probleme finden. Diesem Trend wollen wir entschieden entgegentreten.



Ein starkes Team für Demokratie: Marco Voge (links, CDU-Sprecher in der Enquetekommission), Dr. Stefan Nacke (rechts, Vorsitzender der Kommission) mit Bodo Löttgen (CDU-Fraktionsvorsitzender)

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion die Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ auf den Weg gebracht. Wir müssen über

den Aufbau der Zuständigkeiten in unserem föderalen Gefüge reden. Für was soll der Bund zuständig sein? Welche zusätzlichen Kompetenzen müssen wir der Länderebene geben?

Die Antworten darauf heißen Subsidiarität und Partizipation. Je mehr Politik auf den unteren Ebenen stattfindet, desto näher am Menschen ist sie und kann von ihnen besser wahrgenommen und verstanden werden.

Die CDU-Fraktion will mehr Menschen dafür gewinnen, sich politisch zu engagieren. Das politische Ehrenamt als Basis der politischen Beteiligung wollen wir stärken.



### Bezahlbares Wohnen und mehr Mieterschutz – die soziale Frage stellt sich immer neu

Wohnen ist ein Grundrecht. Für uns Sozialdemokraten geht es in der Wohnungspolitik vor allem darum, dass für alle Menschen angemessener, bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist – und das in einem lebenswerten Umfeld. NRW ist ein Mieterland: In rund 4,5 Mio. Mietwohnungen leben 10,1 Mio. Menschen. In den Städten, insbesondere den Hotspots Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen und Münster, herrscht erheblicher Wohnraumangel, der sich immer weiter verschärft.

Dieser Mangel führt zu einem verstärkten Mietpreisanstieg mit der Folge, dass bezahlbare Wohnungen für weite Kreise der Bevölkerung mittlerweile Mangelware sind. Die Anzahl der mietpreisgebundenen Wohnungen in NRW sinkt seit langem jährlich um durchschnittlich 3 Prozent. Es entsteht Gentrifizierung, die die Städte zu ihrem Nachteil verändert. Eine Auftei-

lung in soziale Brennpunkte und Reichen-Ghettos belastet langfristig den sozialen Frieden. „Es ist also die hohe Zeit des sozialen Wohnungsbaus! In den kommenden Jahren brauchen wir rund 100.000 neue Wohnungen jährlich“, sagt Volkan Baran, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Aber die schwarz-gelbe Landesregierung macht keine Politik für die Mieterinnen und Mieter, sondern für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Seit ihrer Regierungsübernahme hat sie die Wohnraumförderung in NRW stark beschädigt, auch den bewährten und über Jahre aufgebauten landesrechtlichen Mieterschutz will sie abschaffen!“

Über diese Probleme und Herausforderungen hat die SPD-Fraktion nun mit betroffenen Mieterinnen und Mietern sowie Vertretern des Mieterbundes NRW in einem Landtagstalk

gemeinsam diskutiert. Die SPD-Fraktion hat ihre Konzepte und Forderungen dabei deutlich zum Ausdruck gebracht. Am Ende stellt Volkan Baran heraus: „Wir brauchen wieder eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, um beim mietpreisgebundenen Wohnungsbau selbst aktiv werden zu können. Darüber hinaus müssen wir die Gründungen kommunaler Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften fördern. Wohnen ist ein Grundrecht, deshalb brauchen wir eine Fortentwicklung des landesrechtlichen Mieterschutzes, um die Menschen adäquat vor ungerechtfertigten Mietpreiserhöhungen und Spekulanten schützen zu können.“



## Werkstattgespräch zur Stärkung von Berufskollegs

Berufskollegs prägen auf eine besondere Weise das Bildungsland Nordrhein-Westfalen. Jedoch ist die Leistung der Berufskollegs in der Breite vielen nicht bekannt. Die berufliche Bildung steht vor vielen Herausforderungen, die aber ebenso Chancen für die Schulform bieten. Beim Werkstattgespräch der FDP-Landtagsfraktion diskutierten mehr als 70 interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Zukunftsperspektiven der Berufskollegs.

Berufskollegs sind in vielen Bereichen Vorreiter. „Sie sind Pioniere beim modernen Schulmanagement, Kreativität und im Umgang mit den gesellschaftlichen Realitäten“, betont der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel. Für die FDP-Fraktion ist die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung ein wichtiges Anliegen. „Beste Bildung



bedeutet für uns daher auch beste berufliche Bildung“, erklärt die Sprecherin für schulische Aus- und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion Martina Hannen. Berufskollegs leisten über berufliche Bildung hinaus einen wichtigen Beitrag zur Integration und indem sie jungen Menschen auf dem zweiten Bildungsweg einen Schulabschluss ermöglichen.

Welche Rolle können die Berufskollegs zukünftig spielen? Wie können sie ein bedarfsgerechtes und zukunftsorientiertes Bildungsangebot erhalten und weiterentwickeln? Wie kann der Personalbedarf gedeckt werden? Über diese und andere Fragen diskutierte die FDP-Fraktion mit Georg Greshake, Schulleiter des Berufskollegs West der Stadt Essen, Dr. Sabine Behrenbeck, Leiterin des Bereiches Tertiäre Bildung des Wissenschaftsrates, sowie Michael Suermann, Vorsitzender VLBS in NRW.



## Grüne Fraktion sammelt alte Handys – Recyclingwunder Mobiltelefon

Wer kennt das nicht: In der Schublade zu Hause liegen schon seit Jahren die Handys aus längst vergangenen Tagen und fristen ein freudloses Dasein. Dabei wissen viele nicht, dass die al-



ten Schätzchen wahre Recyclingwunder sind. Der Deutschen Umwelthilfe zufolge gibt es in Deutschland rund 124 Millionen dieser Altgeräte, in denen zusammengekommen rund 2,9 Tonnen Gold, 30 Tonnen Silber und 1.100 Tonnen Kupfer schlummern. Die kostbaren Rohstoffe kommen überwiegend aus China, in kleineren Mengen aber auch aus Indien, Brasilien, Malaysia und Kirgistan und werden oftmals unter menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen – nicht selten auch durch Kinderhände. Zudem kommt es in den Abbauländern zu einer erheblichen Belastung des Ökosystems durch giftiges Zyanid und Quecksilber. Dabei ist kaum ein Gerät so kurzlebig wie das Smartphone. Nach durchschnittlich zwei Jah-

ren haben die Mobilgeräte ausgedient und werden gegen ein neues ausgetauscht.

Wir wollten einen kleinen Teil dazu beitragen, dass die „Handy-Innereien“ zurück in den Wertstoffkreislauf kommen und haben sowohl beim NRW-Tag in Essen als auch bei den Parlamentsnächten im Düsseldorfer Landtag fleißig alte Geräte gesammelt. Nun ist es soweit: Wir übergeben Ende Oktober dem NABU NRW und BUND NRW e.V. fast 300 alte Smartphones. Diese werden dann an Recycling-Projekte der beiden Organisationen gespendet.



## Zum Tag der Deutschen Einheit

Mehr als vier Jahrzehnte war Deutschland ein geteiltes Land, getrennt aufgrund der unterschiedlichen politischen Interessen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Nach diesem grauenhaften Krieg, der damit verbundenen Schuld, aber auch dem eigenen Leid, stand die Bevölkerung in beiden Teilen des Landes vor der schwierigen Aufgabe, in ihrer vollkommen zerstörten Heimat wieder Normalität herzustellen und irgendwie als Gemeinschaft zu funktionieren. Dies immer in dem Bewusstsein, dass das Eigene nicht mehr vollständig war. Nicht nur das Land, selbst Familien waren durch die damalige innerdeutsche Grenze getrennt. Besuche waren nur eingeschränkt und streng kontrolliert möglich, markierte die innerdeutsche doch auch die Grenze zwischen den damaligen Kontrahenten im sogenannten „Kalten Krieg“.

Auch wenn beide Teile Deutschlands sehr unterschiedliche Wege nahmen, so blieben sie doch Teile eines einzigen deutschen Volkes. Nach Ende des Kalten Krieges und dem (letztlich auch wirtschaftlichen) Zusammenbruch der ehemaligen DDR wurde am 3. Oktober 1990 die lang ersehnte Wiedervereinigung vollzogen. Und so feierten wir in diesem Jahr zum 28. Male diesen Tag der Deutschen Einheit.

16 Bundesländer gehören zur Bundesrepublik. Jedes Einzelne davon ist mit seinen landschaftlichen Gegebenheiten, seinen Traditionen und Eigenarten besonders und liebenswert. Sie alle zusammen bilden unser gemeinsames Heimatland Deutschland. Ein starkes, geschichtsträchtiges, wunderschönes Land, auf das man zu Recht stolz sein darf.

Und nein, man muss nicht unbedingt hier geboren sein, um dieses Land zu lieben und sich für die Weiterschreibung seiner Geschichte einzusetzen. Doch wer meint, diesen wichtigen deutschen Feiertag zu einem „Tag der Vielfalt“ oder gar „Tag der offenen Moschee“ machen zu müssen, um das zu beweisen, der hat nichts verstanden. Wir haben den 3. Oktober gefeiert mit all jenen, die ihr gemeinsames Heimatland lieben, unsere deutschen Tugenden und Werte schätzen und leben, mit all jenen, die dafür eintreten und es erhalten wollen. Unabhängig davon, wo sie geboren wurden.



# Ideen und Impulse

## Konferenz diskutiert Konzept zum „Haus der Geschichte NRW“

5. Oktober 2018 – Der Beschluss steht, nun nimmt die Idee Form an: Nordrhein-Westfalen soll ein „Haus der Geschichte“ bekommen, das die Landesgeschichte schwerpunktmäßig von der Gründung des Bundeslandes im Jahr 1946 an erlebbar machen soll. Die Planungsgruppe im Landtag hat erste Ideen für ein Museumskonzept vorgestellt und in einer Konferenz mit rund 150 Sachverständigen im Landtag diskutiert.



Regier Austausch (vorn, v.l.): Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Landtagspräsident André Kuper, Prof. Dr. Thomas Schnabel, Leiter des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, und Dr. Rainhard Riepertinger, stv. Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, im Gespräch mit dem Leiter und dem stv. Leiter der Planungsgruppe im Landtag, Dr. Guido Hitze und Prof. Dr. Stefan Goch (hinten, v. l.).

„Das künftige Haus der Landesgeschichte soll nicht nur Museum, sondern auch ein Lernort der Demokratie und ein Ort der Begegnung, der Diskussion werden – ein ‚Mitmach-Museum‘ im besten und weitesten Sinne“, unterstrich André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, zu Beginn der Konferenz.

Nordrhein-Westfalen verfüge zwar über eine Vielzahl und Vielfalt von Museen und Gedenkstätten. Diese thematisierten jedoch entweder bestimmte Regionen, Orte oder Sachthemen, begründete Dr. Guido Hitze, Leiter der Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie“ im Landtag, den Charme eines umfassenden, bündelnden Museums zur Landesgeschichte. Prof. Dr. Stefan Goch, stellvertretender Leiter der Planungsgruppe, erklärte, es gehe nun darum, die wertvolle nordrhein-westfälische Museumslandschaft zu vernetzen, verbunden mit der Hoffnung, von der Exper-

tise und auch von Sammlungen zu profitieren, möglicherweise durch Leihgaben.

Eine Dauerausstellung könnte die Besucherinnen und Besucher chronologisch durch die Landesgeschichte führen, entlang der politischen, alltagsgeschichtlichen und soziokulturellen Entwicklungen, erläuterte Goch erste Ideen für ein Konzept. Es gehe um die Rahmenbedingungen fürs Zusammenleben. Mit dem Landesmuseum wolle man die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf den Alltag der Menschen erlebbar machen. Daneben sollen Querschnittsthemen beleuchtet werden. Denkbar seien dafür z.B. der Strukturwandel, der Steinkohlenbergbau oder auch die Migration. Außerdem sind separate Räume zu Einzelthemen der Politik oder des alltäglichen Lebens geplant wie etwa die Kommunale Neugliederung, die Entwicklung des Urlaubs oder die kulinarischen Vorlieben in NRW.

Neben einer Dauerausstellung sieht das Konzept für das Landesmuseum auch Wechselausstellungen vor. Bereits 2021 soll anlässlich von 75 Jahren Nordrhein-Westfalen eine erste Ausstellung zu sehen sein. Nach Vorstellung der Planungsgruppe ist das „Haus der Geschichte NRW“ nicht nur als Museum, sondern auch als Forschungsinstitut konzipiert, um Lücken in der Landesgeschichtsschreibung zu schließen.

In reger Diskussion gaben die Gäste aus Wissenschaft und Praxis den Planern im Landtag noch zahlreiche wertvolle Hinweise, Ideen und Erfahrungen für die weitere Arbeit mit auf den Weg. Lob gab es für den Landtagsbeschluss, das Museum nicht an die Landesregierung anzubinden, sondern überparteilich zu tragen – auch wenn auf Dauer ein Museum nicht von einem Parlament betrieben werden könne.

Wie viele Museen steht das Haus der Geschichte NRW am Anfang ohne viele Exponate da. Prof. Dr. Hans Walter Hütter erläuterte, im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dessen Präsident er ist, stammten die heute etwa 1,2 Millionen Objekte etwa zu je einem Drittel vom Markt, aus öffentlichen Einrichtungen und von Privatpersonen. SOW

## Hintergrund

Der Landtag hat am 18. Januar 2018 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen beschlossen, die Geschichte des Landes NRW für die Menschen greifbar und erlebbar zu machen ([17/1662](#)). Dazu hat er eine parteiübergreifende Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie in Nordrhein-Westfalen“ mit historischer Expertise eingesetzt. Sie soll laut Beschluss u. a. ein Konzept für ein „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ entwickeln. Ein Kuratorium aus Landtagsmitgliedern von CDU, SPD, FDP und Grünen begleitet die Planungsgruppe.

Die Idee eines Landesmuseums war in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufgekommen, etwa von einzelnen Fraktionen oder Politikern. Bereits im Jahr 2012 hatte sich eine Konferenz mit Perspektiven für ein solches Haus befasst. Eine gemeinsame Zielvorstellung, getragen von einer breiten und überparteilichen Mehrheit des Landtags, hatte es bisher nicht gegeben.

Im Oktober 2016 hat der Landtag das „Haus der Parlamentsgeschichte“ eröffnet. Dort gehen Gäste auf eine Zeitreise durch mehr als 70 Jahre der nordrhein-westfälischen Landtagsgeschichte – ein zentraler Baustein auch der Landesgeschichte.

# Porträt: Sarah Philipp (SPD)



Die Entscheidung, die Sarah Philipps künftiges Leben lenken sollte, fiel eher zufällig, als sie die zehnte Klasse des Steinbart-Gymnasiums in Duisburg besuchte. Im Politik-Unterricht wurden vor der Bundestagswahl 1998 die unterschiedlichen Wahlprogramme untersucht. Sie war in der Gruppe, die sich mit den Vorhaben der SPD befasste, und von deren Aussagen ganz angetan. Als sie wenig später den damaligen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten und späteren Wahlsieger Gerhard Schröder in der Mercatorhalle erlebte, stand für sie fest: Hier will ich mitmachen. Mit gerade einmal 15 Jahren trat sie den Jungsozialisten bei, verteilte Luftballons und Kugelschreiber im Wahlkampf und machte rasch Karriere in den Parteioorganisationen ihrer Heimatstadt.

## Interesse an Landespolitik

Ihr besonderes Interesse galt von Anfang an der Landespolitik. Während ihres Studiums der Wirtschaftsgeografie und der politischen Wissenschaft in Aachen absolvierte sie ein Praktikum bei der damaligen Duisburger Landtagsabgeordneten Gisela Walsken. Und als Walsken, die mittlerweile Regierungspräsidentin in Köln geworden war, bei der Landtagswahl 2012 nicht mehr antrat, warf die Stadtentwicklerin Philipp kurzentschlossen ihren Hut in den Ring. Nach einer weitgehend schlaflosen Nacht verkündete sie den Duisbur-

ger Sozialdemokraten, dass sie im Süden der Stadt kandidieren wolle, wurde prompt zwei Wochen später aufgestellt und im Mai desselben Jahres in den Landtag gewählt.

Ähnlich zielstrebig ging sie Anfang dieses Jahres vor, als die SPD-Landtagsfraktion, deren stellvertretende Vorsitzende sie mittlerweile war, einen neuen Parlamentarischen Geschäftsführer brauchte. Sie sei bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen, teilte sie den Kollegen in der Fraktion mit, trat an und wurde gewählt. Obwohl sie in ihrer neuen Aufgabe meist nicht im Licht der Öffentlichkeit wirkt, sondern – wie sie selbst lächelnd sagt – im Maschinenraum der Landespolitik arbeitet, wird die junge Duisburgerin schon von vielen in ihrer Partei als eine Hoffnung der SPD in Nordrhein-Westfalen gehandelt. Sarah Philipp weiß, welche Erwartungen in sie gesetzt werden, und macht auch keinen Hehl daraus, dass sie sich über diese Wertschätzung freut. Zu Kopf gestiegen ist ihr der gute Ruf nicht, sie will dafür sorgen, dass sie die Erwartungen nicht enttäuscht.

Wichtig ist der jungen Sozialdemokratin dabei vor allem, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit mit konkreten Inhalten zu unterfüttern. Dazu gehören für sie beitragsfreie Bildung von der Kita bis zu den Meisterkursen, eine gerechte Politik für Mieter und Vermieter, der Themenbereich Arbeit und Soziales und nicht zuletzt das Problem der Verteilungsgerechtigkeit und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Angst, dass die SPD in Deutschland ein ähnliches Schicksal erleidet wie die Schwesterparteien in Frankreich, Italien oder den Niederlanden, hat Philipp nicht. Sie blickt stattdessen nach Großbritannien oder auch nach Wien, wo sie die sozialdemokratischen Parteien im Aufwind sieht, und ist überzeugt, dass sich auch die SPD wieder erholt. Sie betont: „Wir werden gebraucht!“

Bei allen Diskussionen über das, was derzeit in Berlin in Bundesregierung und Bundestag geschieht: Ein Umstieg von der Landes- in die Bundespolitik stand und steht für Sarah Philipp nicht zur Debatte. Daran habe sie keinen Ge-

danken verschwendet, sagt sie freimütig. Für sie sei es ganz wichtig, in dem Bereich, in dem sie arbeite, zufrieden zu sein und sich wohlfühlen, und da sei sie in Duisburg und Düsseldorf am besten aufgehoben.

In der wenigen Zeit, in der sie nicht in der Politik unterwegs ist, kann man die junge Frau beim Segeln auf der Duisburger Sechsen-Seeplatte finden, dort hat sie schon als Neunjährige ihren ersten Segelschein gemacht. Am Wochenende trifft man sie gelegentlich bei den Heimspielen des MSV Duisburg – der ihr derzeit nicht viel Freude macht – oder sie geht einkaufen, ihr Freund ist dann fürs Kochen zuständig.

*Peter Jansen*

## Zur Person

Sarah Philipp (35) gehört dem nordrhein-westfälischen Landtag seit dem 31. Mai 2012 an. Sie ist Mitglied im Vorstand der SPD Duisburg und seit 2008 Vorstandsmitglied der SPD-Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Duisburg. Seit 2010 ist Philipp Vorsitzende des Ortsvereins Duisburg-Buchholz. Von Mai 2017 bis April 2018 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, seit April 2018 ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Raumpatrouille“ von Matthias Brandt. Die phantastischen Abenteuer eines Kindes in der Bonner Republik.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Alles außer Kuschel-Rock. Wir sind schließlich Opposition!

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Wurst. Alles andere ist Käse. (Alte Titanic-Weisheit!)

### Ihr liebstes Reiseziel?

Das weiß ich noch nicht – es gibt noch viel zu entdecken. Das nächste Ziel heißt San Francisco.

## Kurz notiert

### Zapfenstreich

Landtagspräsident André Kuper hat am 9. Oktober 2018 rund 800 Schützen empfangen. Unter den Gästen des Parlamentarischen Abends waren zahlreiche Schützenköniginnen und Schützenkönige sowie Königspaare aus ganz Nordrhein-Westfalen. Der Abend begann mit einem Zapfenstreich auf dem Vorplatz des Landtagsgebäudes. Vor der Kulisse der Fackelträger spielten das Tambourcorps „Frohsinn“ Düsseldorf-Flehe und die Bundesschützen-Musikkapelle Kleinenbroich. Der Präsident sagte: „Die rund eine Million Schützen in Nordrhein-Westfalen erhalten ein Stück Geschichte und Kultur unserer Heimat. Und durch ihr ehrenamtliches und soziales Engagement sind sie wichtiger Bestandteil der Gemeinschaft in Dörfern, Gemeinden und Stadtteilen.“ Mehr Informationen finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Menschenrechte und Flucht

Der Landtag zeigt noch bis Anfang November eine Doppelausstellung des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Menschenrechte, Flucht und Vertreibung thematisiert. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte zur Eröffnung, die Themen seien sehr aktuell und beschäftigten auch den Landtag intensiv. Mithilfe der Ausstellungen könne gerade jungen Menschen bewusst gemacht werden, dass Krieg immer mit „Mord, Gewalt, Vertreibung und Not zusammenhängt. Krieg hat immer Folgen“. Die Ausstellungen können bis einschließlich 4. November 2018 montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr nach vorheriger Anmeldung unter Tel. 0211-884-2943 oder [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de) kostenfrei besucht werden. An Wochenenden ist der Besuch jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung möglich.

### Der Landtag bei Twitter

Der Landtag ist jetzt auch auf dem Kurznachrichtendienst Twitter vertreten. In dem sozialen Netzwerk informiert der Kanal [@landtag\\_nrw](https://twitter.com/landtag_nrw) über die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören Hinweise auf Berichte über Ausschuss- und Plenarsitzungen, Mitteilungen über Veranstaltungen des Landtags und des Präsidiums sowie Terminhinweise. Auch Einblicke in die Geschichte des Parlaments und hinter die Kulissen des Landtags gibt es auf dem Kanal. Sie finden den Account unter [www.twitter.com/landtag\\_nrw](http://www.twitter.com/landtag_nrw).

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint nach den November-Plenarsitzungen am 20. November 2018.

## „Transparenz und Bürgernähe“

Der Landtag zeigt noch bis zum 28. Oktober 2018 die Ausstellung „30 Jahre Landtag am Rhein. Transparenz und Bürgernähe“. Das Parlamentsgebäude war am 2. Oktober 1988 feierlich eröffnet worden. Interessierte erhalten Einblicke in die Geschichte des Baus, aber auch in die parlamentarische Arbeit der vergangenen drei Jahrzehnte. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte zur Eröffnung der Ausstellung am 25. September 2018, das Gebäude sei „das Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Und die Begegnung mit diesen stehe immer wieder im Mittelpunkt. Dr. Bernhard Worms, Mitglied des Landtags von 1970 bis 1991, führte in die Ausstellung ein und betonte, der Landtag am Rhein sei eines der schönsten Parlamentsgebäude in Europa. Die Ausstellung kann montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr nach vorheriger Anmeldung unter Telefon 0211-884-2943 oder [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de) kostenfrei besucht werden. An Wochenenden ist der Besuch jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung möglich.



Foto: Schälte